

Bezugsgebühr:

Stettdienstlich für Dresden der gleich  
zeitige Herausgabe durch unsere  
Posten, ebenso wie auswärtig, an  
Ges. und Postingen nur einmal  
25 Pf. bis 50 Pf. durch auswärtige Kom-  
missionen zu ZR. bei 25 Pf. 50 Pf.  
Bei einmaliger Herausgabe durch die  
Postk. ZR. (ohne Beihälften) im Aus-  
land mit entsprechendem Zufliege.  
Rechtsdruck oder Recht u. Original-  
mitteilungen nur mit deutscher  
Quellenangabe (Dresden, Radebeul.)  
möglich. Nachträgliche Korrekturen  
oder Änderungen werden unterdrückt;  
veränderte Manuskripte werden  
nicht aufbewahrt.

Telegramm-Nr.:  
Nachrichten Dresden.

# Dresdner Nachrichten

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15

empfiehlt in grösster Auswahl:  
Eiserne Ofen und Herde, Haush., Küchen- und  
Landwirtschafts-Geräte.

Gegründet 1856.

Anzeigen-Carif.

Entnahme von Anzeigen  
bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und  
Feiertags nur Morgenblatt ab von  
11 bis 1/2 Uhr. Die 1/2-polizei Gründ-  
zeile ist 8 Seiten zu 10 Pf. Zu-  
förderungen auf der Privatseite Seite  
zu 10 Pf.; die zweitlige Seite als "Be-  
gleitung" oder zwei Zeilen zu 10 Pf.  
In Nummern nach Sonn- und Fei-  
tagen 1. bis 2. Abend 10 Pf. nach  
dem dritten Carif. Ausserdagige Au-  
züge nur gegen Voranmeldung.  
Siegelblätter werden mit 10 Pf.  
berechnet.

Bewerbungsfrist: 1. Februar 1904.  
Bewerbungsschluß:  
am 1. Februar 1904 und Nr. 2096.



**E**s werden zu kaufen gesucht und  
event. pro Stück mit 50 Mk. ca. bezahlt  
rote sächsische 3 Pfennig-  
Briefmarken aus den Jahren 1850  
bis 1852, die man auf alten Briefen,  
Geschäftspapieren, Drucksachen u. s. w. findet.  
Schriftliche Offerben erbittet.

H. Wünsche, Dresden, Marschallstrasse 17.



Ferd. Dettmann  
Dresden, König Johannstr.  
Optisch-mechan. Institut  
ersten Ranges.  
Schul- u. Technikerrissezeuge.  
Reparaturen von neuwertig am selben  
Tage zurück. Katalog gratis u. franko.

**Winter-Paletots** 35 bis  
100 Mk.

**Sacco-Anzüge** 35 bis  
100 Mk.

Große Auswahl  
Moderne Stoffe =  
Eleganter Schnitt  
Gute Verarbeitung

Bewerbungsfrist: 1. Februar 1904.  
Bewerbungsschluß:  
am 1. Februar 1904 und Nr. 2096.

Heinr. Meyers Lebertran

Heinr. Meyers Lebertranemulsion

Grosse Flasche 2 Mark. Versand nach auswärts.

Königl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

**Robert Kunze**, Altmarkt  
Rathaus.

Mr. 15. Epig. Ausweitung aus Frankreich. Vandianverhandlungen. Spielerverein. Ultramontane Presse. | Nutzmaul. Witterung: Freitag, 15. Januar 1904.

**Die Ausweitung des Reichstagabgeordneten Delor**  
aus Frankreich.

Der Ausweitung des elässischen Reichstagabgeordneten Abbé Delor aus Frankreich eine internationale Tragweite bei zu messen, heißt den Vorgang übertrieben. Das Auswärtige Amt in Berlin hat nicht die geringste Veranlassung, zu der Maßnahme des Präfekten des Départements Meurthe-et-Moselle Stellung zu nehmen, da seiner Regierung das Recht bestritten werden kann, aus Gründen der inneren Politik mißliebige Ausländer und Störenfriede auszuweisen. Der Abbé Delor wird zwar noch eine Zeit lang in der Presse rumoren, diesseits der Bogen vornehmlich in der ultramontanen, jenseits besonders in den Organen des clericalen Nationalismus und Chauvinismus; aber sobald er in der französischen Deputiertenkammer seine parlamentarische Erledigung gesunden hat, wird er allmählich im Lande verlaufen.

Dennoch bietet die Ausweitung des protestlerischen Mitgliedes des deutschen Reichstages einige lehrreiche politische Momente. In ihren Wirkungen auf den Ultramontanismus in Deutschland und auf den französischen Patriotismus stellt sie eine drastische Illustration einerseits des clericalen Geistes, wie er bei uns herrscht, und andererseits des ungemeindeten Fortbestandes der Revanchegefeinde in Frankreich dar. Es ist unsere ultramontane Presse, die mit aussichtsreichem Eifer aus den Stimmen der ultramontanen Blätter in Elsäss-Lothringen den Effekt zu registrieren bemüht ist, den die Ausweitung des antideutschen Reichstagabgeordneten Delor auf die Stimmung der angeblich noch immer französisch gesinnten Bevölkerung der Reichslande ausgeübt haben soll. So glaubt ein clericaler Straßburger Blatt konstatieren zu können, daß die Ausweitung geeignet sei, dem Frankreich von heute in den Kreisen, die noch über einen leichten Rest von protestlerischer Gesinnung verfügen, fast alle Sympathien zu rauben. Ein politisch gleichgerichtetes Blatt meint, es könne gar nicht anders sein, als daß die katholische Bevölkerung von Elsäss-Lothringen das schikanöse und brüskierende Vorgehen der französischen Regierung als einen Faustschlag ins Gesicht fühlt und darnach ihre politischen Empfindungen einrichtet. Noch schärfer kommt die Entrüstung in einem Mülhauser Organ des Ultramontanismus zum Ausdruck. Der Abschneiden und Entfernen der antiklerikalischen Politik der französischen Regierung soll durch die Behandlung, die diese einem ehemaligen Landsmann, dem Frankreich hat zu teils werden lassen, den höchsten Grab erreicht haben. „Ihr Gutes“, sagt das Blatt an sich, „haben ja derartige Dinge auch, sie müssen notgedrungen auch jene Elemente unter uns zur Betätigung an der politischen Gegenwartskampf aufzutragen und mit den neu geschaffenen Verhältnissen versöhnen, die bislang untätig sich im Schmollwinkel hielten. Da läuft sich denn doch bei uns besser leben und auch arbeiten.“

In Deutschland gedeiht heute der Ultramontanismus allerdings besser, als unter dem Regiment der kulturlärmischen dritten Republik. Der Verger über die antiklerikale Politik ist es, der bei uns die Ultramontanen aus Anlaß des Falles Delor in so nachhaltige Aufregung versetzt, daß sie am liebsten eine diplomatische Aktion zu gunsten des ausgewichenen Kaisers herbeiführen möchten. Die Ausweitung war eine Majestäte, die sich nicht gegen den Protestler, sondern gegen den Ultramontanen in dem Reichstagabgeordneten Delor richtete. Aus der sammelnden Entrüstung der ultramontanen Presse spricht nicht sowohl die deutsche, sondern vielmehr überwiegend die ultramontane Gesinnung. Diese erweist sich bei den Vorkämpfern des Jesuitismus und Papismus jederzeit stärker, als die vaterländische Auffassung. Stände bei unseren Ultramontanen der nationale Gedanke höher, als der clerical, so würden sie über die von ihnen konstatierte Wirkung der Ausweitung des Abbé Delor als eines das Deutschtum in Elsäss-Lothringen erheblich fördernden Vorganges doch nur die herzlichste patriotische Freude und Genugtuung empfinden können, statt über die gegenwärtige innere Politik der französischen Machthaber zu protestieren und zu lamentieren. An Agitationen gegen diese Politik wollte sich der Reichstagabgeordnete Delor auf französischem Staatsgebiete beteiligen; daß ihm dies verwehrt, daß seine ausgesprochene ultramontane Aktion verhindert worden ist, das ist es, was den Clericalismus in Deutschland in den Zustand der Empörung versetzt. Der Abbé Delor und seine Genossen hatten ihr clerical Propaganda auf französisches Gebiet offenbar unter der Vorwürfung verlegen wollen, daß die protestlerische Eigenschaft Delors, sein Widerstand gegen die Zugehörigkeit Elsäss-Lothringens zu Deutschland, den ultramontanen Agitator vor der Ausweitung schützen würde. Diese war aber eine ganz selbstverständliche Konsequenz der voraufgegangenen Stellungnahme der französischen Regierungbehörden gegen den elässischen Clericalismus von der Delorischen Sorte. Abbé Delor hatte selber in Straßburg ein ultramontanes邸platt herausgegeben, das sich die Aufgabe stellt, gegen den Antiultramontanismus der französischen Regierungspolitik zu Hilfe zu rufen. Dieser Delorsche Orgen war vor kurzem in Frankreich verboten worden, und

man kann es dem französischen Miniter des Innern kaum verüben, daß er den Versuch des deutschen Reichstagabgeordneten, sich nunmehr unmittelbar und persönlich auf Frankreichs Boden in die innerpolitischen Verhältnisse der Republik einzumischen, surger Hand bereitete.

Weil den Vertretern der schwarzen Internationale jederzeit und in allen Lagen und Umständen die internationale Solidarität der ultramontanen Interessen der höchste, maßgebende Gesichtspunkt bleibt, können patriotische und nationale Erwöhungen und Empfindungen bei der Kritik von Fällen von der Art des vorliegenden niemals den Ausschlag geben. Zur Feier des hundertjährigen Regierungsjubiläums des verstorbenen Papstes Leo XIII. hielt vor zwei Jahren in Bonn Generaloberst Freiherr von Voß eine Rede, in der er gegen die Kulturkampf-Politik der französischen Regierung Stellung nahm. Von seinem ultramontanen Standpunkt aus kritisierte er diese Politik in ähnlicher Weise, wie es jetzt angezeigt die Delorische Ausweitung von seinen politischen Gesinnungsgenossen in Deutschland geschieht. Er regte sich darüber auf, daß das antiklerikale Vorgehen der dritten Republik ungünstig auf die militärische Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit der französischen Armee einwirke. Wäre der Herr Generaloberst in Stand gewesen, die Wirkung des Kulturkampfes ausschließlich oder doch überwiegend unter dem Gesichtspunkte der deutsch-nationalen Interessen zu bewerten, so hätte er sich doch lebhaft und aufrichtig darüber freuen müssen, daß der Todheit Deutschlands, der nimmt von dem Revanchegedanken losen kann, in keiner Weise, die diesen Gedanken verwirken soll, eine Schwächung erfuhr, und die Freude hätte so stark sein müssen, daß der Ultramontane, der politische Vertreter in ihm hätte sichre und selten Unwillen über die das Deutschtum förderliche antiklerikale Politik Frankreichs zuwidern müssen. Über die Unwillen erweis sich auch bei Freiherrn von Voß allzu mächtig; die sehr nobellegenden Bedenken, die dagegen sprechen müssen, daß ein Mann in der hohen Stellung eines Generalobersten in öffentlicher Rede die Politik eines Nachbarstaates höchst abfällig beurteilt, traten vor der Uebermacht der ultramontanen Überzeugungen völlig in den Hintergrund, ganz genau so wie jetzt die Clericals in Deutschland, weil einer ihrer Agitatoren, der sich in die inneren Verhältnisse Frankreichs einmengen wollte, dort ausgewiesen ist. Peter und Paulinus schreien, statt sich mit der patriotischen Genugtuung über den Effekt, den sie für die Germanisierung der Reichslande nachweisen zu können glauben, zu begnügen.

In dem Ausweitungsbefehl wird der deutsche Reichstagabgeordnete Delor als „Ausländer“, als „deutscher Untertan“ behandelt. Dagegen läßt sich natürlich nicht das Mindeste einwenden; die französische Regierung konnte doch unmöglich, wenn sie nicht einen gegen das Deutsche Reich gerichteten feindlichen Willen internationaler Tragweite provozieren wollte, die Zugänglichkeit Elsäss-Lothringens zu Deutschland seit mehr als drei Jahrzehnten ignorieren. Elsäss-Lothringen als ihr eigenes Gebiet und den Vater Delor als Landsmann und einen Staatsangehörigen Frankreichs im Auftrag nehmen, um ihn dann in solchen anzuseinen. Aber an der Seine wützt der Nachgedanke noch immer so fest, daß man die Anerkennung der unbestreitbaren Tatsache, daß ein Elsäss-Lothringen deutscher Untertan ist und nicht Franzose, als einen Verrat an dem Patriotismus, als einen Verzicht auf die Rückeroberung Elsäss-Lothringens empfindet. Bis tief in die Reihen der Regierungsbewohner äußert sich der Unmut darüber, daß die französische Regierung infolge der Ausweitung eines Elsäss-Lothringers, deren Berechtigung man nicht zu bestreiten vermag, gezwungen worden ist, die nationale Sitzung des Zugehörigkeit Elsäss-Lothringens zu Frankreich einen Augenblick zu verlegen und sich auf den Boden der Wirklichkeit des Frankfurter Gedankens zu stellen. Wen nicht der Fall Delor allein davon überzeugt, daß die Revanchisten bei unseren Nachbarn noch lange nicht erloschen ist, der mag noch darauf hingewiesen werden, daß soeben der sozialdemokratische Abgeordnete Jamet, weil er die Abstürzung empfiehlt und so die Revanche, sonst sie die Wiedergewinnung Elsäss-Lothringens auf kriegerischem Wege beweist, unmöglich machen will, zum Bishopsis des Deputiertenkammer nicht wiedergewählt worden ist. Wie oft in den letzten zehn Jahren hat unsere französische Presse die Abnahme der Revanchegesinnung in Frankreich bezeugt! Wenn sie ehrlich ist, muß sie jetzt bekennen, daß sie sich gründlich getäuscht hat.

**Neueste Drahtmeldungen vom 14. Januar.**  
**Zur österreichischen Krise.**

**Köln.** Der Petersburger Korrespondent der „Köln. Blg.“ drabt: Die geläufige russische Presse zeigt in den letzten Tagen eine veränderte, erregte Stimmung, in bezug auf das Verhältnis zu Japan. Indessen entspricht diese Stimmung nicht der Auffassung, die gegenwärtig immer noch die amtlichen Stellen vertretet. Im maßgebenden Martinsteiner werde der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Gefahr eines Krieges für die nächste Zukunft bestigt ist. Desgleichen hält das austro-österreichische Amt an der Hoffnung fest, mit Japan in einer friedlichen Verständigung zu gelangen. Entsprechend dem Willen des Monarchen werde Russland in der friedlichen Politik fortsetzen. — Demgegenüber erklärt der Londoner Korrespondent der „Köln. Blg.“, daß die Belohnung des nahen Kriegsausbruchs stetig zunimmt.

Heinr. Meyers Lebertran  
Heinr. Meyers Lebertranemulsion  
Königl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

Frische und  
starkes Kinder-  
Mutter-Auswahl „Santitas“  
Hochwertig. Preiswert.  
Max. Winkler. Fütterung.  
des Kindes von Sachsen.

Milch (Proben).  
Fütterung.

**Robert Kunze**, Altmarkt  
Rathaus.

Mr. 15. Epig. Ausweitung aus Frankreich. Vandianverhandlungen. Spielerverein. Ultramontane Presse. | Nutzmaul. Witterung: Freitag, 15. Januar 1904.

Paris. Zu der heutigen Meldung eines Morgenblatts von einer ohnehin unmittelbar bevorstehenden französischen Intervention Frankreich und Englands behufs Herbeiführung einer friedlichen Regelung der zwischen Rusland und Japan schwedenden Schwierigkeiten wird aus guter Quelle berichtet: Die umlaufenden Gerüchte über diese Angelegenheit sind verfrüht. Sicher ist, daß eine französisch-englische Intervention zur Erhaltung des Friedens der diplomatischen Kreise Frankreichs sehr willkommen wäre, und es mögen zwischen interessierten Kabinetten Erörterungen gebräuchswise angeknüpft werden; aber es haben, wie man an gut unterrichteter Stelle zu wissen glaubt, die Unterredungen zur Stunde noch keine endgültige Form gewonnen.

Paris. (Priv.-Tel.) Wie verlautet, ist die englische Regierung schon vor einiger Zeit von hier aus verständigt worden, daß Frankreich aus Grund des Allianzvertrags mit Russland nur dann zum aktiven Eingreifen genötigt und bereit wäre, wenn in Europa kriegerische Operationen gegen Rusland von einer dritten Macht unternommen würden.

London. (Priv.-Tel.) Aus Rom wird „Daily Mail“ berichtet, daß Japan unverhohlen wegen Aufsatzes des gegenwärtig hier befindenden Dampfers „Tropic“ vom Norddeutschen Lloyd.

New York. (Priv.-Tel.) Der „Associated Press“ wird aus Tokio unter dem gestrigen Datum gemeldet: Der Minister des Innern, Baron Komura, batte dem Marquis Ito, dem Ministerpräsidenten Japans, dem Kaiser und dann dem russischen Gesandten, Baron v. Rosen, Besuch ab. Man glaubt, daß Komura persönlich Baron v. Rosen die Antwort Japans auf die russische Note überreicht habe. Die Antwort sollte kein Ultimatum sein, sondern in gemäßigtem, wenn auch entschiedenem Ton abgesetzt sein und ausführlich die koreanischen Angelegenheiten behandeln.

Tscha. Der englische Kreuzer „King Alfred“ und der russische Kreuzer „Dmitri Donskoj“ sind hier eingetroffen und nahmen Kohlen ein.

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Die Einstellung des beim Landgericht zu Halle gegen den Abg. Thiele hinweisenden Strafschuldens während der Dauer der Sitzung wird widerstreitlos beklagt. — Abg. Becker-Hessen (nat. Abg.) begründet dann die Interpellation seiner Freunde betr. obligatorische Alters- und Invaliditäts-Versicherung für selbstständige Handwerker. Zahlreiche kleinere Handwerker seien der Sicherung in höherem Maße oder doch in gleichem Maße bedürftig, wie die Arbeiter. Der Weg der Handwerkerpensionen habe sich als nicht gangbar erwiesen, und bei Versicherung bei Privatversicherungsgesellschaften seien für die Handwerker die Prämien zu hoch. Nur sei ja allerdings den Handwerkern schon jetzt die freiwillige Versicherung durch das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz gestattet; aber von diesen freiwilligen Versicherungen seien alle Handwerker, die das vierzigste Lebensjahr überschritten hätten oder die mehr als einen Gehalt benötigten, ausgeschlossen. Auch hätten nur wenige von den freiwilligen Versicherung Gebrauch gemacht. Um so notwendiger sei die obligatorische Versicherung, und zwar aller Handwerker bis zu 4000 Mark Einkommen. — Staatssekretär Groß-Potsdam: Die eben gehörten Ausführungen machen zwar dem Herren des Interpellanten alle Ehre, aber die verantwortliche Regierung muß ihre frühe Ruhe bewahren und ihren Kontakt beibehalten. Der Interpellant hat als Grundatz ausgesprochen, daß der Staat allen seinen Bürgern Hilfe bringen müsse, soweit es sich um die Sicherung der Zukunft handle. Damit würden wir den sozialen Standort des Herrn Bebel schon sehr nahe kommen. (Heiterkeit. Sehr richtig!) Ich würde in diesem Grundatz geradezu eine nationale Gefahr für Reich und Staat finden. In der Kaiserlichen Botschaft von 1881, an die Bebedner erinnert, war lediglich die Fürsorge für solche Massen der Bevölkerung in Ansicht genommen, die wirtschaftlich unabhängig sind. Die Frage hat eine grundlegende Bedeutung: Soll der Staat wirklich auf dem Wege der Versicherung Flüchtlinge übernehmen nicht nur für die unelbständigen, sondern auch für elbständige wirtschaftliche Existenz? Es ist geradezu ein Rubicon, den wir noch jenseit Wandscheide überqueren sollen. Ein Handwerker gibt es übrigens, Gott sei Dank, noch zur Zeit Existenz, für die noch das Wort gilt: „Handwerk hat einen goldenen Boden“, und wenn wir soweit gehen wollten, selbst die Handwerker zur Invaliditätsversicherung zu zwingen, so gibt es doch noch andere Kreise, wo viel mehr Recht könnten dazu fassungsweise eingeschränkt werden. Mit viel mehr Recht könnten dann fassungsweise eingeschränkt werden. (Sehr richtig!) Wenn Sie gleich gar die Einkommensteuerleichterungen einsehen könnten, so würden Sie da gar die Bauern finden, deren Einkommen unter dem gar mancher unelbständigen Arbeitgeber zurückgeht. Wollen Sie dem Grundatz des Interpellanten gemäß alle vertheidern, die ein bestimmtes Einkommen nicht haben, dann sind wir ähnlich bei einem Zustande angelangt, wie er z. B. in Neuseeland besteht, und teilweise auch in einzelnen australischen Kolonien, wie Victoria. (Heiterkeit!) Und nun die finanzielle Tragweite der Sache! Ich habe im Sommer die Verhältnisse der Versicherungsanstalten revidiert und gefunden, daß bei einzelnen Anstalten die Renten in solchem Umfang getilgt sind, daß mit großer Verzögerung wegen der Zukunft dieser Anstalten entstanden sind. (Hört, hört!) Es ist sehr wohl zu überlegen, ob nicht lösungig bei der Berechnung der Renten mehr individualisiert werden muß. Auch sind wir ja noch nicht am Ende mit der Versicherung unelbständiger Kreise. Es fehlt z. B. noch die große Kategorie der Privatangestellten. Wie sollen wir solchen näherliegenden Bedürfnissen genügen, wenn wir in der vom Interpellanten gewünschten Weise den Kreis der Versicherungsfähigen unbedingt ausdehnen? Denken Sie doch auch an die Versorgung der Witwen und Waisen, die gelegentlich des Polarisats mit Wirkung von 1910 ab von Ihnen beschlossen worden ist! Im Reichsamt des Innern ist eine umfassende Denkschrift ausgearbeitet worden über die Grundlage, auf der eventuell dieses Projekt realisiert werden kann. Bei dieser Arbeit hat sich ergeben: 1. daß, wenn wir die Witwen- und Waisenversorgung leicht auf die denkbare idomatische Grundlage stellen, es doch nicht möglich ist ohne Beitrag der Arbeitgeber, und 2. daß die Witwenversorgung auf impulsiv und wirtschaftlich bedürftige Witwen beschränkt werden muß. (Hört, hört!)